

# Mehr Demokratie!

Theo Sommer- am 10.6.1930 in Konstanz geboren - langjähriger Chefredakteur und Herausgeber der überregionalen Wochenzeitung „Die Zeit“ hat schon vor Jahren in einer weitsichtigen Grundsatzrede für Mut zu mehr Demokratie, für mehr Mitbestimmung der Bürger, insbesondere in den Städten und Kommunen geworben: **„Zu bestimmen, wohin eine Stadt gehen soll, das ist die Sache aller Bürger.“**

Die Bürgervereinigung hat in ihrer Informationszeitschrift S'BLÄTTLE immer wieder auf diese Rede hingewiesen und Kernsätze dieser Rede zitiert. Sie waren und sind immer noch richtig – immer noch weitsichtig, immer noch Orientierung und Ermutigung für alle die sich für mehr unmittelbare Demokratie einsetzen, nicht in dem Bemühen nachzulassen auch unsere Stadtverwaltungen, die Gremien und Parteien davon zu überzeugen, dass die dafür notwendigen, konfliktträchtigen Entscheidungen für mehr plebiszitäre Entscheidungsprozesse endlich getroffen werden müssen.

Theo Sommer: *„Lassen Sie mich drei Elemente nennen, auf die es meiner Meinung nach ankommt – Die Einführung von mehr unmittelbarer Demokratie; den Abbau vielfältiger Öffentlichkeits- Defizite; schließlich stärkere Bürgerbeteiligung gerade in den Kommunen, damit sich alle beteiligt fühlen dürfen, die sich beteiligen wollen. Die klassischen Entscheidungsprozesse – durch Regierungen und Verwaltungen, Parlamente, Verbände, Anhörungs- und Einspruchsverfahren- bedürfen der Ergänzung und Erweiterung, wenn dieses Ziel erreicht werden soll – sie müssen zu den Bürgern herausverlagert werden. Einem bürgernahen Demokratieverständnis muss eine bürgernahe Planungskultur entsprechen.“* Und Theo Sommer richtet seinen Weckruf insbesondere an die Städte: *„Noch- wieder - haben wir die Chance der Erneuerung. Aber ich bin fest davon überzeugt, dass Erneuerung nicht in erster Linie aus der Hauptstadt kommen wird, sondern aus den Städten und Kommunen. Wie alle Politik in der polis (Stadt) beginnt, so kann die Wiederbelebung des Gemeinnsinns am ehesten in den Gemeinden beginnen. Nicht von ungefähr steckt ja in beiden Benennungen der gleiche Wort- und Bedeutungsstamm. Wenn wir den Verdruss, den Missmut, die Skepsis vertreiben wollen, die der Politik entgegenschlagen, müssen wir in der polis anfangen.“*

Und das sagte Theo Sommer schon vor 20 Jahren, wir stünden heute besser da, wenn aus der Aufforderung *„Mehr Demokratie wagen“* Willy Brandts, aus dem mutig formulierten Zusatz: *„Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.“* - mehr geworden wäre.

Die schon 1978 gegründete Bürgervereinigung Allmannsdorf- Staad engagiert sich seit 37 Jahre dafür, Bürger zu ermutigen, sich aktiv an den kommunalen Vorgängen in ihrer Stadt, in ihrem Stadtteil zu beteiligen, sich einzumischen, denn, um hier noch einmal Theo Sommers Diktum zu zitieren: **„Zu bestimmen, wohin eine Stadt gehen soll,**

**das ist die Sache aller Bürger“.** 1992 wurde die BAS für diese Bemühung von Ministerpräsident Erwin Teufel ausgezeichnet.

Es ist uns bewusst, dass nicht die kurzfristige Verfolgung der Interessen Einzelner, sondern nur kontinuierliches Engagement und konstruktive, beharrliche Mitwirkung an den Problemlösungen und Gestaltungsprozessen, eine verantwortliche Entwicklung des heimatlichen Umfeldes sichert.

Alexander Gebauer

## Leitlinien Bürgerbeteiligung - der lange Weg zum Konstanzer Konzept

Ein Zwischenbericht, mit der Hoffnung auf Fortsetzung

Im Sommer 2014 wurde mit dem Projektbeschluss im Gemeinderat der Startschuss für die Entwicklung eines Bürgerbeteiligungskonzeptes für die Stadt Konstanz gegeben. (Die komplette Gemeinderatsvorlage hierzu finden sie im Allris-<https://www.konstanz.sitzung-online.de/ri/vo020.asp>) Unter Einbeziehung von VertreterInnen der Bürgerschaft, Politik und der Verwaltung sollte ein Konzeptentwurf erarbeitet und dem Gemeinderat vorgelegt werden. Die bunt gemischte Arbeitsgruppe traf sich im Herbst 2014 erstmals. SprecherInnen zahlreicher Bürgergemeinschaften und des Stadtseniorenrates nahmen sich Zeit. Der ASTA der Uni beteiligte sich ebenso wie die Caritas und die Gemeinderatsfraktionen sowie MitarbeiterInnen verschiedener Ämter der Stadtverwaltung.

Der vorgeschlagene Zeitplan war ambitioniert, am 23.07.2015 sollten die Richtlinien im Gemeinderat diskutiert und beschlossen, ab September letzten Jahres dann implementiert werden. Dazu ist es leider nicht gekommen. An uns, der Projektgruppe, lag es nicht, möchte ich an dieser Stelle mal ganz deutlich feststellen.

Bis Ende 2015 tagte die Arbeitsgruppe sieben (!) Mal, oft mehrere Stunden am Freitagnachmittag. Weitere Termine wurden festgelegt, dann jedoch kurzfristig und ohne Begründung abgesagt. Dies führte bei mir und anderen Beteiligten zu Unmut. Zwar gab es immer wieder einen freundlichen Brief vom Hauptamt mit routinemäßigem Dank für die Mitarbeit in der AG und der Bitte, weiter mitzuarbeiten. Ein schaler Nachgeschmack blieb.

Montag, 17. Februar 1992

Süd.

# Erwin Teufels Lob für die BAS: „Sie sorgen für Menschlichkeit“

## Bürgergemeinschaft durch den Ministerpräsidenten ausgezeichnet

STUTTGART/KONSTANZ (pap) „Beispiele wie diese machen Mut und geben Hoffnung in einer Zeit, in der immer mehr Mitmenschen den Mangel an menschlicher Wärme in unserer Gesellschaft beklagen.“ Das sagte Ministerpräsident Erwin Teufel, als er am Samstag die „Bürgervereinigung Allmannsdorf-Staad“ in Stuttgart ehrte. Anlässlich des Wettbewerbs zur Auszeichnung kommunaler Bürgeraktionen 1991 gab es von Teufel Preise für insgesamt 48 Bürgerinitiativen aus allen Teilen des Landes.

Zu Friedemann Kugel und Alexander Gebauer, die die Bürgerver-

einigung beim Festakt im „Neuen Schloß“ vertraten, sprach der Ministerpräsident von einer Bürgeraktion, die sich in besonderem Maße um das Gemeinwohl verdient gemacht habe. Die Auszeichnung „soll ein öffentliches Zeichen der Anerkennung für alle sein, die sich für Gemeinnütziges einsetzen“, betonte Erwin Teufel. Das Engagement dieser Bürger trage wesentlich zu einer „Athmosphäre“ der Solidarität“ in den Städten und Gemeinden bei.

Die Bürgervereinigung Allmannsdorf-Staad, so Teufel bei der Preisverleihung, fördere den Heimatge-

danken unter besonderer Berücksichtigung des Umwelt-, Landschafts- und Denkmalschutzes. „Der Verein strebt eine Verbesserung der Lebensqualität in dem Konstanzer Stadtteil Allmannsdorf-Staad an.“

Der Staat kann laut Teufel zwar die Rahmenbedingungen für ein menschenwürdiges Leben schaffen. „Doch wenn wir eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht wollen, dann müssen wir für eine solidarische Grundeinstellung werben.“ Das geschehe am besten durch das eigene Beispiel. Die Hauptarbeit des etwa 250 Mitglieder umfassenden Vereins, hatte sich Erwin Teufel informiert, leisteten etwa 50 Mitarbeiter.

Das Beispiel der Preisträger zeigt für den Ministerpräsident, daß „wir viel leisten können, wenn wir zusammenstehen.“ Die soziale Stabilität der Gesellschaft hänge ganz entscheidend vom Miteinander und Füreinander aller Bürger ab, rückte er auch die Allmannsdorfer Bürgervereinigung in ein besonderes Licht. Er hoffe, daß Bürgeraktionen dieser Art viele Nachahmer in Baden-Württemberg fänden. Auch und vor allem war wohl Allmannsdorf-Staad gemeint, als Erwin Teufel von der „großen Lebendigkeit in kleinen Städten und noch kleineren Orten“ sprach, die früher einmal selbständig gewesen seien.

Abschließend meinte Teufel: Angesichts der großen Herausforderungen der Zukunft und der vielen ungelösten Probleme auch im Umweltschutz tue es gut, um das Engagement der Vereine und die Privatinitiative der Bürger zu wissen. Deshalb sei diese Preisverleihung auch ein öffentliches Zeichen der Anerkennung.



g in Stuttgart die „Bürger-Rahmen des Wettbewerbs räumt.

pap/Foto: Rainer Jörger



Im Dezember 2015 verabschiedete die Projektgruppe den Entwurf der Leitlinien. Seit dem passierte nichts mehr aus Sicht der Gruppe. Ein für Ende April angesetzter Termin mit Herrn Oberbürgermeister Burchardt wurde leider wieder wie auch schon im Februar kurzfristig abgesagt.

Der Gemeinderat wurde jedoch Ende Februar 2016 darüber informiert, dass die Verwaltung den Entwurf prüft, mit der Arbeitsgruppe abstimmt und im Juli zur Beschlussfassung vorlegen werde. Auch davon ist inzwischen keine Rede mehr. Durch zahlreiche unvorhergesehene Aufgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation, sei die Verwaltung zeitlich sehr belastet. Auch müssten die Leitlinien an die Gemeindeordnung angepasst und zum Teil ergänzt werden, wird nun die neuerliche Verschiebung erklärt.

Unvorhergesehene juristische Fallstricke ?? Wieso fällt das erst jetzt auf? VertreterInnen der Verwaltung waren doch die ganze Zeit dabei und haben an dem Entwurf mitgearbeitet. Die Zwischenergebnisse wurden ans Hauptamt rückgekoppelt. Das Treffen der Arbeitsgruppe mit dem OB ist überfällig längst. Offenbar gibt es „Knackpunkte“ im vorgelegten Entwurf der Leitlinien, die thematisiert werden müssen und zwar im direkten Gespräch. Es werde versucht ein Treffen mit OB Burchardt noch vor den Sommerferien zu arrangieren, teilt das Hauptamt. Ich bin gespannt, ob es dies Mal klappt.

Weiter herrscht nun auf Verwaltungsseite „Zuversicht“, dass die Leitlinien im Herbst 2016 beschlossen werden können. Aktuell würde daran gearbeitet, Methoden und Maßnahmen zusammen zu stellen, mit denen Bürgerbeteiligung in Konstanz in Zukunft durchgeführt werden soll. Mir erschließt sich nicht, warum eine abschließende Methodenauswahl Bestandteil der Leitlinien sein soll. Nirgendwo sonst wird dies so gehandhabt. Beteiligung wird so schon im Ansatz wieder beschränkt. Warum? Wer hat da Angst vor Macht- und oder Kontrollverlust?

Immerhin schon im Sommer diesen Jahres soll eine digitale Plattform für ePartizipation freigeschaltet werden und so Bürgerbeteiligung über digitale Medien möglich sein. Ab Januar 2017 wird dann die Vorhabenliste eingeführt. BürgerInnen werden damit frühzeitig über wesentliche Vorhaben der Stadtverwaltung informiert. Steckbriefartig sollen wesentliche Informationen zum Thema benannt werden, sowie über die geplante Bürgerbeteiligung vorgestellt werden.

Der Begriff „Vorhaben“ ist allerdings noch nicht abschließend definiert, ein weiterer „Knackpunkt“? Trotz aller Verzögerungen, irgendwie geht es voran mit den Beteiligungsleitlinien. Langsam und in kleinen Schritten. Ich hoffe und

wünsche mir, dass alle KollegInnen weiter in der Projektgruppe mitarbeiten.

Mir persönlich liegt das Thema Beteiligung, aber auch die Förderung des Engagements, schon seit vielen Jahren am Herzen. Ich hoffe sehr, dass wir es mit den Leitlinien Bürgerbeteiligung, anders als beim Versuch mit den „Agenda-Regeln“, schaffen, die Verfahren zur Mitwirkung von BürgerInnen für alle Beteiligten verlässlicher zu gestalten.

Die Ideen, kritische Anregungen und das Wissen unserer BürgerInnen können wir dann nach Verabschiedung des Konzeptes, spätestens hoffentlich ab Januar 2018, noch besser für die Stadtentwicklung und das Miteinander in Konstanz nutzen. Ich freu mich drauf.

Ganz herzlich danken möchte ich an dieser Stelle Herrn Martin Schröpel, dem Beauftragten für Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement der Stadt Konstanz sowie seinen MitarbeiterInnen in der BE-Stelle. Die Kritik an der Verwaltung richtete sich in keinem Fall gegen ihn oder seine MitarbeiterInnen. Zwar ist immer auch der Weg das Ziel und so war der bisherige Prozess zur Entwicklung der Leitlinien sicher auch lehrreich, insbesondere was die Themen Kommunikation und Zusammenarbeit angeht.

Nun ist es aber höchste Zeit, sich ohne weitere Schleifen und Verzögerungen auf das eigentliche Ziel zu fokussieren und das Konzept zu verabschieden.

Es wird sich lohnen.



Dr. Christiane Kreitmeier  
FGL Gemeinderätin